

September 2024

Länderbericht

Auslandsbüro Frankreich



Frankreich hat eine neue Regierung – Fragiles Mitte-rechts Bündnis vor großen Herausforderungen

Anja Czymmeck, Max Willem Fricke, Nele Katharina Wissmann

Zwei Wochen nach der Nominierung von Michel Barnier als Premierminister wurde am 21. September 2024 die Zusammensetzung seiner Regierung bekannt gegeben. Das klar bürgerlich-konservativ geprägte, neununddreißigköpfige Regierungsteam, bestehend aus zahlreichen Ministern der Macron-Partei Renaissance und von Les Républicains, umfasst nur wenige politische Schwergewichte und sieht sich nun großen Herausforderungen gegenüber. So gilt es einerseits, in der sich durch die Neuwahlen des Parlaments aufgezwungenen Zweckgemeinschaft, gemeinsame Positionen zu den politischen Baustellen Haushalt, Bildung, Gesundheit und Migration zu finden. Gerade in gesellschaftspolitischen Fragen wird es sicherlich viel diplomatisches Geschick seitens Premierminister Michel Barnier benötigen, um auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen. Andererseits laufen sich die beiden anderen Blöcke der Nationalversammlung, die Neue Volksfront und der rechtspopulistische Rassemblement National, für eine harte Opposition warm. Als Minderheitsregierung müssen die bürgerlich-konservativen Républicains und das Macron-Lager auch Stimmen der Opposition gewinnen, um Gesetzesprojekte durchzubringen. Die Regierung hat auf dem Blatt die Unterstützung von 212 Abgeordneten und damit eine relative Mehrheit, die aber weit entfernt ist von der absoluten Mehrheit von 289 Abgeordneten. Während der Regierung bereits jetzt von zahlreichen Stimmen auf Grundlage der letzten Wahlergebnisse¹ die Legitimation abgesprochen wird, drohen Misstrauensvoten in der Nationalversammlung, die das Land erneut in eine politische Sackgasse bringen könnten.

Radiuskopie der neuen Regierung Barnier

Staatspräsident Emmanuel Macron rief nach den Neuwahlen der französischen Nationalversammlung zur Bildung einer Regierung „der nationalen Einheit und des Zusammenkommens“ auf. Die Ergebnisse der Parlamentswahlen hatten das Land durch das Fehlen einer Mehrheit in die schwierige Lage gebracht, eine Regierung aufzustellen, die sich nicht durch eine „natürliche Legitimation“ durch das Kräfteverhältnis in der Nationalversammlung auszeichnet. Während sich die Neue Volksfront (NFP) als Gruppierung mit den meisten Sitzen durch die Wahlergebnisse bemächtigt sah, dem Staatspräsidenten eine Premierministerin vorzuschlagen, nahm dieser die Kandidatur von Lucie Castets, eine hohe Beamtin aus der Pariser Stadtverwaltung, nicht an und argumentierte, dass eine durch die NFP dominierte Regierung zur politischen Instabilität des Landes beitragen würde, da die Bedrohung von Misstrauensvoten omnipräsent wäre. Zumindest hatten der *Rassemblement National* und *Les Républicains* betont, dass sie jede Regierung zensieren würden und auch die Macron-Partei machte deutlich, einer Regierung kritisch zu begegnen, in der Vertreter der linkspopulistischen Partei *La France Insoumise* ein Ministeramt innehätten.

So kam es, dass Emmanuel Macron nach zahlreichen Sondierungsgesprächen es für sinnvoll erachtete, den früheren EU-Sonderbeauftragten für den Brexit und ehemaligen Außenminister Michel Barnier zum Premierminister zu ernennen, da dieser, so die Meinung Macrons, am ehesten eine Regierung zusammenstellen könne, ohne der omnipräsenten Gefahr von einem Misstrauensvotum ausgesetzt zu sein.

Barnier wollte sich tatsächlich auch den moderaten Kräften aus dem linken Lager annähern; was ihm nicht gelungen ist, so dass man nicht von einer „Regierung der Einheit“ sprechen kann. Vielmehr reichen die Kabinettsmitglieder der Regierung Barniers nun von zentristischen Vertretern bis hin zu rechtskonservativen Ministern und festzustellen bleibt auch, dass die Macronisten in der Regierung in der Überzahl bleiben. Von den 19 zentralen Ressorts der Regierung, die durch einen Minister geleitet werden (die anderen Ressorts werden durch beigeordnete Minister und Staatssekretäre geleitet) sind 9 Posten durch das Ensemble-Lager und 4 Posten durch *Républicains* (namentlich Bruno Retailleau als Innenminister, Annie Genevard als Landwirtschaftsministerin, Patrick Hetzel als Hochschulminister und François-Noël Buffet als Minister für Überseegebiete) abgedeckt. Ein Drittel der Minister war bereits Mitglied der macronistischen Regierungen unter Premierminister Gabriel Attal bzw. Elisabeth Borne, was die Opposition an dem deklarierten politischen Neuanfang zweifeln lässt.

Fakt ist aber, dass es zur vorherigen Regierung große Unterschiede gibt. Nachdem insbesondere die letzte Regierung unter Premierminister Gabriel Attal als „zu elitär“ bezeichnet wurde, scheint Michel Barnier für eine größere territoriale Sichtbarkeit seiner Regierung eingetreten zu sein. Die Geografie der Regierung Barnier weist im Vergleich zur Regierung Attal und Borne einen klaren Bruch auf. Von den vollbefugten 19 Ministern, stammen lediglich vier aus Paris, wohingegen die Hälfte der Mitglieder der Regierung Attal aus dem Großraum Paris stammte, was ihr häufig zum Vorwurf gemacht wurde; ebenso wie die Dominanz von Abgängern der Elitehochschulen. 13 der Minister der Regierung Barnier haben einen Abschluss einer öffentlichen Universität. Michel Barnier scheint mit dieser Wahl also auch ein Signal der Bürgernähe und Bodenhaftigkeit seiner Regierung senden zu wollen.

Die aktuellen politischen Baustellen und mögliche Konfliktfelder

Die Schaffung von neuen Ressorts für Staatssekretäre und beigeordnete Minister gibt wie bei jeder neuen Regierung in Frankreich einen Hinweis auf die Themenschwerpunkte, die sich die Regierung setzt. Auffällig sind in diesem Fall die neuen Ressorts Gesundheit und Zugang zur Gesundheitsversorgung, Künstliche Intelligenz und Digitalisierung, Regierungskoordination, Sicherheit im Alltag sowie Schulerfolg und berufliche Bildung, mit denen Premierminister Barnier Akzente in seinem Regierungsprogramm setzen möchte.

Die erste Hürde für die neue Regierung gilt es in den kommenden Wochen zu überwinden. Das Haushaltsgesetz für 2025, welches eigentlich bis zum 1. Oktober vorgelegt werden soll, muss durch die Nationalversammlung gebracht werden. Premierminister Michel Barnier hat ein wenig bekanntes Duo mit der Aufgabe betraut, das riesige Loch im französischen Haushalt zu stopfen. Mit Antoine Armand (*Ensemble*) als Wirtschafts- und Finanzminister und Laurent Saint-Martin (*Ensemble*) als Haushaltsminister ist davon auszugehen, dass die politische Linie von Staatspräsident Emmanuel Macron in Form von Steuersenkungen und wirtschaftsfreundlichen Reformen nicht in Gefahr ist. Es ist nun eine Mammutaufgabe, das Haushaltsgesetz 2025 durch das tief gespaltene französische Parlament zu bringen. Die Oppositionsparteien drohen mit Misstrauensvoten, die jedoch nur bei einem Zusammenschluss von der linken *Neuen Volksfront* und des *Rassemblement National* durchgesetzt werden und zum Fall der Regierung Barnier führen könnten. Ein weiterer Stolperstein wird es sein, die Haushaltsentscheidungen der Regierung in Brüssel zu verteidigen, wo Frankreichs Partner in der Europäischen Union wahrscheinlich wenig Verständnis dafür haben werden, dass Paris erneut mehr Zeit für den Abbau seines Haushaltsdefizits fordert. Michel Barnier hat inzwischen bestätigt, dass er den Kurs von Wirtschaftsminister a.D. Bruno Le Maire fortführen und vorgenommene Steuersenkungen

nicht zurücknehmen wird. Dieses Zugeständnis holte sich der ehemalige Premierminister Gabriel Attal, der derzeitige Fraktionsvorsitzender von *Ensemble* im Parlament, als Voraussetzung für eine Regierungsbeteiligung seines Lagers ein. Eine mögliche Option könnten hingegen eine Erhöhung der Steuern auf Energieunternehmen und eine Steuer auf große Aktienrückkäufe von Unternehmen sein. Breitere Steuererhöhungen, so bleibt zu betonen, werden von den *Républicains* und der rechtspopulistischen Partei *Rassemblement National* abgelehnt. Das bedeutet jedoch auch, dass die Hauptlast der Bemühungen zur Verringerung des Haushaltsdefizits aller Voraussicht nach von unpopulären Ausgabenkürzungen getragen werden muss, die nach Berechnungen des Finanzministeriums etwa 20 bis 30 Milliarden Euro betragen dürften.

In seiner politischen Grundsatzrede vor der Nationalversammlung am 1. Oktober 2024 wird Premierminister Barnier die weiteren Themenfelder benennen, die er gemeinsam mit seiner neuen Regierung angehen möchte. In einer Pressemitteilung nannte er hier bereits die Themen Kaufkraft, ein zentrales Anliegen der Französinen und Franzosen, Sicherheit und Einwanderung, aber auch die Bereiche „ökologische Schulden“, „wirtschaftliche Attraktivität“ und „Kontrolle der öffentlichen Finanzen“. Grundsätzlich bleibt festzustellen, dass sich alle an der Regierung teilnehmenden Parteien in dieser sehr breiten Themenaufstellung wiederfinden dürften. Dreh- und Angelpunkt für eine gelungene Zusammenarbeit dürften jedoch insbesondere gesellschafts- und migrationspolitische Fragestellungen sein, an der die fragile Allianz zerbrechen könnte. In Bezug auf die großen gesellschaftlichen Gesetze, die Staatspräsident Emmanuel Macron seit 2017 durchgebracht hat, hat das Präsidentenlager Michel Barnier bereits ein Lippenbekenntnis abverlangt, dass diese nicht zurückgenommen werden. Mit Catherine Vautrin (parteilos, ehemals *Les Républicains*), der neuen Ministerin für regionale Angelegenheiten und Laurence Garnier (*Les Républicains*), der neuen Staatssekretärin für Verbraucherschutz sind zwei dezidiert wertkonservative Frauen Teil der neuen Regierung. Beide stimmten in der Vergangenheit gegen die Ehe für alle und gegen die Verankerung des Rechts auf Abtreibung in der französischen Verfassung. Die zentristische Partei *MoDem* hatte aufgrund der Regierungsteilhabe von Laurence Garnier, die ursprünglich sogar als Familienministerin gehandelt wurde, eine Absage einer eigenen Regierungsteilnahme in Aussicht gestellt. Nur durch die Nominierung auf einen anderen Staatssekretärsposten konnte die Situation von Premierminister Barnier eingefangen werden.

Gerade im innenpolitischen Bereich dürfte es in der Nationalversammlung zu harten Schlagabtauschen kommen. Die Nominierung von Bruno Retailleau (*Les Républicains*), ehemaliger Fraktionsvorsitzender der *Républicains* im Senat, wird hart von der linken Opposition angegangen und sorgte auch im Präsidentenlager für Kritik. Retailleau gehört dem rechtskonservativen Flügel der Partei an und forderte härte Regeln im Hinblick auf Frankreichs Ausweisungspolitik sowie die Regeln für Familiennachzug.

Im Bereich Außenpolitik und Verteidigung scheint Barnier auf Kontinuität und starkes französisches Engagement in Europa zu setzen. Der neue Außenminister Jean-Noël Barrot war bisher beigeordneter Minister für europäische Angelegenheiten; Verteidigungsminister Sébastien Lecornu wurde in seinem Amt bestätigt. Beide gehören der Macron-Partei an. Für die europäischen Partner besteht hier die Gewissheit, dass Frankreich, insbesondere im Hinblick auf den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine ein verlässlicher Partner bleiben wird.

Positionen und Strategien der Opposition

Noch vor der Ernennung der Regierung hatte das Bündnis der Linksparteien, die Neue Volksfront, angekündigt, der Regierung das Misstrauen aussprechen zu wollen. Die linkspopulistische Partei *La France Insoumise* hat sich klar positioniert: der Gründer Jean-Luc Mélenchon rief dazu auf, sich „so schnell wie möglich“ dieser „Regierung der Verlierer“ zu entledigen, die seiner Meinung nach „weder Legitimität noch Zukunft“ habe. Auch die Vorsitzende der französischen Grünen, Marine Tondelier, schloss sich dieser Meinung an. Olivier Faure, der erste Sekretär der *Parti socialiste*, bestätigte am 22. September, dass seine Partei einen Misstrauensantrag gegen die Regierung von Michel Barnier nach ihrer politischen

Erklärung am 1. Oktober einreichen werde. Der Chef der Sozialisten bezeichnete die neue Regierung als „die am weitesten rechtsstehende Regierung der Fünften Republik“, räumte jedoch ein, dass dieser Misstrauensantrag ohne die Stimmen des *Rassemblement National* „wahrscheinlich zum Scheitern verurteilt“ sein werde. Während es ausreicht, dass 58 Parlamentarier einen Misstrauensantrag stellen, damit dieser auf die Tagesordnung der Nationalversammlung gesetzt wird, muss er die absolute Mehrheit, d. h. 289 Stimmen, erhalten, um erfolgreich zu sein. Diese Hürde liegt weit über den 193 Sitzen der Neuen Volksfront.

Dieser politischen Pattsituation ist sich auch das rechtspopulistische Lager bewusst. Mit der Möglichkeit, der neuen Regierung jederzeit das Misstrauen auszusprechen zu können, will die Partei nun die Gelegenheit nutzen, dem neuen Premierminister einige, wenn auch symbolische, Siege abzurufen. Das RN wird sich weniger mit den von Michel Barnier gemachten Zugeständnissen zufriedengeben als mit dem, was in den Augen seiner Gegner, Beobachter und Wähler als solche erscheinen. Denn wenn die Linke die Regierung beschuldigt, „in den Händen von Le Pen“ zu sein, werden die Rechtspopulisten als große Sieger der Situation herausgehen.

Ausblick

Mit der Feststellung, dass seine Regierung keine Kohabitation darstelle und es weiterhin keine Mehrheiten gibt, hat Premierminister Michel Barnier bereits indirekt auf die Fragilität seiner neuen Regierung hingewiesen. Auffällig ist, dass insbesondere die politischen Schwergewichte auf eine Regierungsteilnahme verzichtet haben und sich somit bereits aktiv für die Präsidentschaftswahlen 2027 warmlaufen. Der Fraktionsvorsitzende der *Républicains* in der Nationalversammlung, Laurent Wauquiez, hat das Wirtschafts- und Finanzressort abgelehnt. Der ehemalige macronistische Innenminister Gérard Darmanin beanspruchte das prestigeträchtige Außenministerium für sich, das als gute Vorbereitung für das Präsidentenamt gilt. Andere Posten kamen für ihn nicht in Frage. Auch Edouard Philippe, der bereits seine Kandidatur für das Präsidentenamt angekündigt hat, war auffällig ruhig im Regierungsbildungsprozess. Hier bleibt zu hoffen, dass die Regierung Barnier politische Akzente setzen, das Land aus der politischen Krise führen kann und nicht nur als leere Klammer bis zu den nächsten Wahlen hinhalten muss.

Für das bürgerlich-konservative Lager hat sich ein unverhofftes Handlungsfenster ergeben. Als Tonangeber in der neuen Regierung kann die Partei nun beweisen, dass sie eine solide Regierungsoption darstellt und sich von den Wahlschlägen der vergangenen Jahre freischwimmen kann. Als Befreiungsschlag ist in diesem Hinblick auch der Parteiaustritt des nunmehr ehemaligen Parteivorsitzenden Eric Ciotti zu werten, der im Rahmen der Parlamentsneuwahlen den Schulterchluss mit den Rechtspopulisten gesucht hat. Die *Républicains* müssen sich wieder mit solider bürgerlich-konservativer Politik ausweisen, die eine klare Brandmauer zum *Rassemblement National* aufzieht.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Anja Czymmeck
Leiterin
Auslandsbüro Frankreich der Konrad-Adenauer-Stiftung
www.kas.de

anja.czymmeck@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)

Anhang

Minister

Justizministerium: Didier Migaud (ehemals *Parti Socialiste*), Präsident der Hohen Behörde für die Transparenz des öffentlichen Lebens (HATVP), ist ein sehr alter Weggefährte der Sozialistischen Partei, die er vor mehr als 15 Jahren verlassen hat.

Ministerium für Partnerschaft mit den Territorien und für die Dezentralisierung:

Catherine Vautrin (parteilos, bis Januar 2024 Mitglied *Les Républicains*), Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Solidarität in der Regierung Attal, ist Wirtschaftsjuristin.

Innenministerium: Bruno Retailleau (*Les Républicains*), LR-Fraktionsvorsitzender im Senat. Gehört ursprünglich zu den « Fillonisten », also dem Flügel der LR, der François Fillon 2017 im Präsidentschaftswahlkampf aktiv unterstützt hat.

Bildungsministerium: Anne Genetet (*Renaissance*) ist stellvertretende Vorsitzende der Renaissance-Fraktion in der Nationalversammlung und Abgeordnete für Auslandsfranzosen.

Außenministerium: Jean-Noël Barrot (MoDem) wurde erst im Februar 2024 zum delegierten Minister für Europaangelegenheiten ernannt. Der Wirtschaftswissenschaftler ist ein überzeugter Liberaler. Sein Vater, Jacques Barrot, war viermal Minister und später Vizepräsident der Europäischen Kommission.

Kulturministerium: Rachida Dati, (parteilos, früher *Les Républicains*) wurde in ihrem Amt, für das sie im Januar 2024 ernannt wurde, bestätigt. Ihre Nominierung sorgte damals für große Kritik in der eigenen Partei und schließlich zu ihrem Parteiausschluss bei der LR.

Verteidigungsministerium: Sébastien Lecornu (*Renaissance*, bis 2017 *Les Républicains*): Seine Nominierung war 2022 im Ministerium mit viel Skepsis aufgenommen worden – seine Expertise in der schwierigen geopolitischen Lage jedoch inzwischen sehr positiv wahrgenommen. Sein Verbleib im Amt ist für den Élysée-Palast ein Signal der Stabilität in einem zunehmend angespannten geopolitischen Kontext.

Ministerium für den ökologischen Übergang, Energie, Klima und Risikoprävention:

Agnès Pannier-Runacher (*Renaissance*) gehört dem linken Flügel von Renaissance und steht Staatspräsident Emmanuel Macron nahe. Sie war bisher beigeordnete Ministerin für Landwirtschaft.

Wirtschafts-, Finanz- und Industrieministerium: Antoine Armand (*Renaissance*): Im Herbst 2022 war er Berichterstatter der auf Initiative der LR gegründeten Untersuchungskommission zu den Gründen für den Verlust der Energiesouveränität Frankreichs.

Gesundheitsministerium: Geneviève Darrieussecq (*MoDem*) war unter Premierminister Édouard Philippe Staatssekretärin für Gedenkkultur im Verteidigungsministerium und Staatssekretärin für die Kriegsveteranen unter Jean Castex. Unter Premierministerin Élisabeth Borne war sie zuständig für Menschen mit Behinderungen.

Ministerium für Solidarität, Autonomie und Gleichstellung von Frauen und Männern:

Paul Christophe (*Horizons*)

Ministerium für Wohnungsbau und Stadterneuerung: Valérie Létard (*UDI*) ist ehemalige Senatorin und Abgeordnete und hatte 2017 die Ernennung auf denselben Posten abgelehnt.

Ministerium für Landwirtschaft, Ernährungssouveränität und Forstwirtschaft: Annie Genevard (*Les Républicains*), Vizepräsidentin der Nationalversammlung, war 2022 nach dem

Rücktritt von Christian Jacob Interimsvorsitzende der LR. Sie war eine historische Gegnerin einer Annäherung an das Präsidentenlager.

Ministerium für Arbeit, Vollbeschäftigung und Eingliederung: Astrid Panosyan-Bouvet (*Renaissance*) war Beraterin von Emmanuel Macron und Abgeordnete.

Minister für Sport, Jugend und Vereinswesen: Gil Avérous (parteilos, bis 2023 *Les Républicains*) ist Bürgermeister von Châteauroux und Präsident des Verbands „Villes de France“.

Minister für Hochschulbildung und Forschung: Patrick Hetzel (*Les Républicains*) ist ein anerkannter Universitätsprofessor, der seit 2012 Mitglied der Nationalversammlung ist.

Minister für den öffentlichen Dienst: Guillaume Kasbarian (*Renaissance*), vorher delegierter Minister für Wohnungsbau.

Minister für die Überseegebiete: François-Noël Buffet (*Les Républicains*), bisher Senator und Vorsitzender des Rechtsausschusses. Als Fillonist der ersten Stunde und Verfasser eines angesehenen Berichts über die Vereinfachung der Verfahren im Migrationsbereich, auf den sich Gérald Darmanin bei seinem Einwanderungsgesetz bezog, wird François-Noël Buffet in Neukaledonien, Martinique und Mayotte vor großen Herausforderungen stehen.

Minister für Haushalt und öffentliche Finanzen: Laurent Saint-Martin (*Renaissance*) war früher Mitglied der Parti socialiste, Generalberichterstatter für den Haushalt der Nationalversammlung.

Beigeordnete Minister

Benjamin Haddad (*Renaissance*), Minister für Europaangelegenheiten

Nathalie Delattre (*Parti radical*), Ministerin für die Beziehungen zum Parlament

Maud Bregeon (*Renaissance*), Regierungssprecherin

Marie-Claire Carrère-Gée (*Les Républicains*), Ministerin für die Koordination der Regierungsarbeit

Françoise Gatel (*UDI*), Ministerin für den ländlichen Raum, Handel und Handwerk

Fabrice Loher (*UDI*), Minister für Meer und Fischfang

Nicolas Daragon (*Les Républicains*), Minister für Sicherheit des täglichen Lebens

François Durovray (*Nous France*), Minister für Verkehr

Alexandre Portier (*Les Républicains*), Minister für den schulischen Erfolg und Berufsausbildung

Sophie Primas (*Les Républicains*), Ministerin für Außenhandel und Auslandsfranzosen

Marc Ferracci (*Renaissance*), Minister für Industrie

Marie-Agnès Poussier-Winsbarck (*Horizons*), Ministerin für die soziale und solidarische Wirtschaft

Marina Ferrari (*MoDem*), Ministerin für Tourismuswirtschaft

Olga Givernet (*Renaissance*), Ministerin für Energie

Agnès Canayer (*DVD*), Ministerin für Familie

Staatssekretäre

Im Innenministerium:

Othman Nasrou (*DVD*), zuständig für Bürgerrechte und Antidiskriminierung

Im Außenministerium:

Thani Mohamed Soilihi (*Rassemblement des démocrates progressistes et indépendants*), zuständig für Frankophonie und internationale Partnerschaften

Im Ministerium für Solidarität, Autonomie und Gleichstellung von Frauen und Männern:

Salima Saa (*Les Républicains*), Beauftragte für die Gleichstellung von Frauen und Männern

Im Ministerium für Hochschulbildung und Forschung:

Clara Chappaz (parteilos), Referentin für Künstliche Intelligenz und Digitalisierung.

Im Wirtschafts- und Finanzministerium:

Laurence Garnier (*Les Républicains*), verantwortlich für Verbraucherfragen

¹ Ergebnisse des zweiten Wahlgangs der Parlamentswahlen 2024: LR 8,09%, Ensemble!
21,24%, NFP 25,18%, RN 36,18%